

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei jeder Zustellungs Haus monatlich 25.— Mk., vierteljährlich 75.— Mk., Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 5.— Mk., von auswärts 7.— Mk., Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bef. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 15.— Mk., von auswärts 20.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2946. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 160

Dienstag, den 11. Juli 1922

13. Jahrgang

Um das Schutzgesetz.

Bayerns Spiel mit dem Feuer.

Der Reichstag begann gestern am späten Nachmittag die zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zum Schutze der Republik. Abgeordneter Well (Z.) erstattete den Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses. Der bayerische Gesandte Dr. v. Präger erklärte: Das Gesetz verfolgt den Zweck, Angriffe auf die verfassungsmäßige Staatsform mit den schärfsten Maßnahmen zu bekämpfen. Auch die bayerische Regierung stimmt dieser Absicht grundsätzlich zu. Der Rechtsausschuss hat aber im Gesetz einige Bestimmungen abgeändert und sogar verschärft. Dadurch ist es der bayerischen Regierung unmöglich, der Ausschussfassung zuzustimmen, besonders wegen der Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes. Die Fortsetzung der Besprechung wurde auf heute vertagt. Das Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik wurde nach kurzer Debatte an den Rechtsausschuss überwiesen.

Diese unverantwortliche Sonderpolitik der bayerischen Regierung verschärft die Situation bedenklich. Angespornt durch die reaktionäre Haltung der Regierungslente rüsten auch die industriellen Schaffmacher in Bayern. So wird mitgeteilt, daß die bayerischen Großindustriellen Beratungen über die bestehenden Differenzen zwischen Bayern und der Reichsregierung wegen des Gesetzes zum Schutze der Republik gepflogen haben. Dabei soll bei der überwiegenden Mehrheit der Industriellen unverhüllt die Auffassung zutage getreten sein, daß die Gefahr einer **Sozialistischen Revolution** vom Reich unmittelbar geworden sei. Wenn die bayerischen Industrieführer jetzt dazu übergehen, die bayerische Sabotagepolitik gegen die Reichseinheit offen zu fördern, so wird das für die Arbeiterklasse Bayerns Verurteilung sein, die diesem Treiben ein Damm entgegenzusetzen. Die Situation in Bayern ist bereits auf den Siebelpunkt gestiegen und es liegt die Gefahr nahe, daß es durch die gewissenlose Politik der jetzigen bayerischen Regierung über Nacht zu einer Enklavation kommt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm gestern eine Entschliessung an, in der sie erklärt, daß die zum Schutze der Republik zu beschließenden Gesetze nur von einer **entschieden republikanischen Regierung** durchgeführt werden können. Die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition würde bei den breitesten republikanischen Massen auch die Absicht der Regierung, das Gesetz zum Schutze der Republik energig durchzuführen, aufs schärfste erschüttern. Für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kommt daher die Mitarbeit an einer nach rechts erweiterten Regierung nicht in Frage.

Gemeinsame Front gegen die deutsche Reaktion.

Das Bureau des internationalen Gewerkschaftsbundes tagte am Sonntag in Berlin in einer außerordentlichen Sitzung und befaßte sich mit der Frage, in welcher Weise die Arbeiterklasse aller Länder dem deutschen Proletariat in seinem Kampfe gegen Reaktion und Monarchismus wirksam Unterstützung leisten könne. In diesem Zweck richtet das Bureau einen Aufruf an alle dem internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen und an die internationalen Berufssekretariate, worin diese aufgefordert werden, in ihrem Lande den größtmöglichen Einfluß dahin auszuüben, daß alles unterlassen wird, was die monarchistische und reaktionäre Propaganda in Deutschland kränken könnte, und daß alles getan wird, um die demokratischen und republikanischen Bestrebungen zu unterstützen und zu stärken. Das Bureau beschloß, die internationale und die internationale Arbeitsgemeinschaft zu einer gemeinsamen Besprechung einzuladen, um eine einheitliche Aktion zur Bekämpfung der Reaktion in Deutschland herbeizuführen. Diese Tagung soll am 18. Juli in Amsterdam stattfinden und auch Stellung nehmen zur Frage der Abänderung des Versailler Vertrages und zur Reparationsfrage.

Die bevorstehenden deutsch-polnischen Verhandlungen.

Falls durch die polnische Kabinettskrise nicht eine erneute Verzögerung eintritt, wird am 15. d. Mts. in Warschau die deutsche Delegation erwartet, die die Verhandlungen über den gesamten Komplex der juristischen und wirtschaftlichen Fragen einleiten soll, die zwischen Deutschland und Polen zu klären sind. Die polnischen Wünsche gehen aus einer offenbar offiziellen

Meldung hervor, die an die Warschauer Presse abgegeben wird. Danach wird als Grundlage für die gegenwärtigen Verhandlungen das Pariser deutsch-polnische Abkommen vom 9. Januar 1920 bezeichnet.

Als wichtigste Verhandlungsgegenstände werden dabei genannt: die Militärstation der Weimarer Republik an die deutsche Seeeresverwaltung ausbezahlten Summen sowie der nach Deutschland verbrachten Archive und Kunstschätze; die Auszahlung der Garantiesumme für die „Kriegsnoten“ an Polen, u. a. Ferner soll die Abrechnung zwischen Deutschland und Polen aus Anlaß der Übernahme des früher preussischen Teilgebietes durch Polen geregelt und ein Abrechnungsmodus für Verträge vereinbart werden, die zwischen Angehörigen dieser Gebiete und reichsdeutschen Bürgern abgeschlossen sind. Bemerkenswert ist, daß die polnische Presse die Regelung dieser Fragen als eine Vorbedingung für den geplanten Abschluß eines deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens hinstellt.

Der kommunistische Sejmabgeordnete Dombal ist, nachdem der Sejm keine Strafverfolgung genehmigt hatte, in mehrtägiger Gerichtsverhandlung wegen kommunistischen Umsturzagitation zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden, obgleich er seine Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei bestritt.

Die Moratoriums-Verhandlungen.

Neber die Unterredungen, die die deutschen Staatssekretär Fischer und Schröder mit den Delegierten der Reparationskommission in Paris bisher hatten, schreibt der „Petit Parisien“: Es schien, daß sie keinen im voraus festgesetzten Plan überbracht hätten. Sie schienen sich jetzt damit begnügt zu haben, die Hindernisse zu erläutern, die der Marksturz den Reparationszahlungen bereite. Es sei möglich, daß sie sich damit begnügen würden, offiziell diese Schwierigkeiten aufzuzeigen, indem sie es der Reparationskommission überließen, ein Hilfsmittel zu finden. Wahrscheinlicher sei jedoch, daß sie selbst eine Moratoriumsformel vorschlagen würden, daß sie verlangten, von jeder Geldzahlung in den Jahren 1923 und 1924 befreit zu werden. Wahrscheinlicher sei es, daß sie, wie man geglaubt habe, sofort gingen, die sofortige Aufhebung der Geldzahlungen zu verlangen nach oder selbst vor dem Verfalltag am 15. Juli.

Die Mitglieder der Reparationskommission schienen in diesen beiden Fragen keine festgelegte Ansicht zu haben, denn in erster Linie glaubten sie, daß Deutschland den Verfalltag vom 15. Juli erledigen müsse; denn theoretisch werde die Bilanz von 50 Millionen Goldmark herabgesetzt auf 25 Millionen, im Hinblick auf Lieferungen, die Deutschland den Vereinigten Staaten geleistet habe. In zweiter Linie seien die Mitglieder der Reparationskommission der Ansicht, daß, bevor sie eine Entscheidung über ein evtl. Moratorium trafen, es notwendig sei, den Bericht des Garantienausschusses über die Organisation der Budgetkontrolle in Deutschland abzuwarten. Es wäre tatsächlich vergeblich, Deutschland zu stützen, bevor man nicht sicher sei, daß es die Kontrolle annehme und seiner Verschwenkungsneigung ein Ende bereite. Der Bericht des Garantienausschusses werde übrigens Ende dieser Woche erwartet.

Die Uebergabe Oberschlesiens.

Nachdem am Sonntag das letzte Stück des bei Deutschland verbleibenden Teiles Oberschlesiens durch die interalliierte Kommission des deutschen Gesandten übergeben worden war, fand gestern die feierliche Uebergabe an die Reichs- und Staatsbehörden statt. Gefandter Dr. Eckardt übergab die Regierungsgewalt dem Oberpräsidenten Vitta. Der Reichsminister des Innern Dr. Köster hatte folgendes Telegramm geschickt: Zur heutigen feierlichen Wiederübernahme des deutschverbleibenden Teiles der Provinz Oberschlesien in die deutsche und preussische Verwaltung bitte ich Sie, allen Bevölkerungskreisen der deutschen Provinz meine besten Wünsche für ihren Wiederaufbau und ihre gedeihliche Zukunftsentwicklung auszusprechen. Soweit es in meinen Kräften steht, darf ich versichern, daß auch innerhalb meines Amtes alles geschehen wird, um das Land die schwere Prüfungszeit

der letzten Jahre vergessen zu machen und die ihm geschlagenen Wunden zu heilen. Der Reichspräsident sandte an den Oberpräsidenten in Oppeln ein Telegramm, in dem es heißt: Mit tiefer Trauer gedenke ich der entziffenen Landestelle und ihrer Bewohner. Wir werden ihnen die Treue halten und mit ihnen gemeinsam den Schmerz und das erduldeten Unrecht tragen. Die wirtschaftlichen Wunden, die Fremdherrschaft und Verreichung dem Lande geschlagen haben, müssen deutscher Fleiß und deutsche Hilfsbereitschaft zu heilen versuchen.

Nach Verlesung der Telegramme entließ Oberbürgermeister Dr. Reugebauer-Oppeln der Reichswehr den Willkommensmarsch der Stadt. Danach sprach der preussische Minister des Innern Seeverding. Er sagte u. a.: Was wir erfahren haben, ist ein Höhepunkt der vielgerühmten Grundsatz vom Selbstbestimmungsrecht. Ich danke allen denen, die in den letzten schweren Tagen still und bescheiden, ausdauernd und beharrlich ihre Pflicht getan haben und sage allen denen Dank, die in den nächsten Wochen eine schwierige Ausräumungsarbeit zu leisten haben. Reichsarbeitsminister Dr. Braune führte u. a. aus: Oberschlesien erlebt nach langer schwerer Trübsal nunmehr wieder Freudentage. Durch feindlichen Machtpruch war Oberschlesien 2 1/2 Jahre besetzt. Am heutigen Tage grüßen wir auch unsere Brüder jenseits dieser Grenze, die keine natürliche Grenze ist. Wenn ich als Rheinländer heute die Oberschlesier begrüßwünsche, so schweifen meine Gedanken an die Ufer des Rheins. Wir denken heute an alle diese Bebrückten und wünschen ihnen die gleiche Freiheit, deren wir uns heute erfreuen. Einmütig klinge aus aller Munde der Mittelschwur: Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!

Der amerikanische Eisenbahnerausstand

fängt nach einer Meldung aus Chicago an, eine bedrohliche Wendung zu nehmen. Im Staate New Jersey sind erste Unruhen ausgebrochen, da die Eisenbahngesellschaften Hindus eingekerkert haben, um die Ausständigen zu erfassen. Im Staate Illinois haben die Truppen alle wichtigen Bahnhöfe besetzt. Die Nationalgarde ist im Staate Missouri mobilisiert worden. In mehreren anderen Staaten stehen andere Maßnahmen bevor.

Der Marksturz.

Die Mark gilt heute weniger als ein Pfennig der Vorkriegswährung. Die letzten etwas günstigen Kurse kamen nur dadurch zustande, daß die Reichsauf erhebliche Devisenbestände abgestoßen hat, um der stürmischen Aufwärtsbewegung fremder Devisen Halt zu gebieten. Das Tempo der Markverschlechterung erfährt man daraus, daß kurz vor der Ermordung Rathenaus trotz der damals schon gespannten innerpolitischen Lage der Dollar mit rund 320 bis 330 Mark bezahlt wurde, einem Preis, der die höchsten bei der Devisenhausse im November vorigen Jahres erzielten Dollarkurse nur wenig übertraf. Daraus ergibt sich ganz eindeutig der Zusammenhang der jetzigen Markverschlechterung mit der politischen Situation. Mit dem verbrecherischen Anschlag gegen die Republik ist die Entwertung der deutschen Währung in ein neues Stadium getreten.

Das ist an und für sich kein Wunder. Die gespannte politische Atmosphäre verhindert, daß das Vertrauen des Auslandes auf Deutschlands Wiederaufstieg erstarkt, dieses Vertrauen, das oft genug erwacht, aber von der Gewaltpolitik der Entente wieder erstickt worden ist. Das Ausland kauft wenig Mark, gibt wenig fremde Zahlungsmittel für deutsche Währung in Tausch. Die Folge ist das, was man Materialknappheit nennt: das Angebot an Devisen schrumpft zusammen. Gleichzeitig aber meldet sich der inländische Devisenbedarf, sowohl zum Zweck der Beschaffung von Auslandswaren, insbesondere Rohstoffen, wie auch in der spekulativen Absicht der Devisenhamstererei, der Vorsorge für künftigen Bedarf und der Flucht des Vermögens in Währungen, die nicht so sehr der Wertminderung ausgesetzt sind wie die deutsche Mark. Dem stöckenden Angebot steht also eine vermehrte, ja ungeheure gesteigerte Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln gegenüber, infolgedessen müssen die Preise steigen. Die kapitalistische Spekulation trägt zweifellos das Ihre dazu bei. Gewohnt, die in ferner Zukunft winkenden Gewinne möglichst schnell unter Dach und Fach zu bringen, überschätzt sie gern die politischen Gefahren, und sie tut es nicht einmal schwerer, Herzens. Sehen doch maßgebende Kreise

der Fiskalpolitik, insbesondere der Mittel zum Vorrat, in einer Stabilisierung der Mark große Gefahren und verlangen geradezu eine Fortsetzung der Inflationspolitik, die die Arbeiter zur schließlichen Minderung des Reallohnes, die Arbeiter zu größerer Not verurteilt, dem Kapital aber größere Gewinne abwirft. Dem mit Kleinst- und Hochmaschinene arbeitenden Kapitalisten drohen also von dieser Seite keine Gefahren. Daß aber die Entente ihrerseits trotz mancher lebhaften Worte noch nicht die Notwendigkeit einleht, durch eine einschneidende Revision des Versailles Vertrags Deutschlands Finanznotlage zu erleichtern und damit der Republik neue Lebenskraft zu verleihen, hat die letzte Rede Polkars nur zu eindringlich gezeigt.

Alle diese Umstände wirken zusammen, um den Markt zu verwirren, und die Wirtin vom 24. Juni hat die wesentlichen Voraussetzungen dazu geschaffen. Mittlerweile hat sich auch der Valutasturz auf andere Marktgebiete übertragen. Es herrscht bei rasch steigenden Preisen eine große Nachfrage nach Metallen, auch die Preise anderer, vorwiegend einführer Rohstoffe schnellen in die Höhe, und der Einfluß der Lebensmittel, insbesondere bei Schmalz, ist das gleiche zu beachten. Die umfangreichen Bedarfs- und Spekulationskäufe in fremden Zahlungsmitteln wirken naturgemäß auch auf den Geldmarkt zurück, der schon seit geraumer Zeit im Zeichen der Verflechtung stand. Bei den sprunghaft steigenden Kursen fremder Werten wird der Bezug an deutscher Mark, den man zur Beschaffung einer bestimmten Menge Dollar braucht, immer größer. Kein Wunder, daß angesichts der angespannten Lage am Geldmarkt die Aktienpekulation nicht sofort mit den starken Kurssteigerungen auf den Valutentückgang reagiert, den man von anderen Anlässen her gewohnt ist. Alle diese Symptome zeigen deutlich die Gefahren, die der gesamten Volkswirtschaft aus der Entwertung der Mark erwachsen — ganz abgesehen davon, daß die fortgesetzte Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Massen die Kaufkraft des Volkes früher oder später zum Erlahmen bringen muß. Die leeren Regalrücken sollten eine Warnung für diejenigen Wirtschaftspolitiker sein, die auf die eine Karte der weiteren Geldentwertung ihre ganze Hoffnung setzen. Wenn aber die ganze Lage sich durch den weiteren Marktschwund erschwert hat, so mag man sich bei denen bedanken, die Deutschland mit Blausäure, Pistolenkugeln und Gummiknüppeln „wieder aufbauen“ wollen.

Die Folgen reaktionärer Mordtaten.

In Marburg fand gemäß der vom ADAP, dem MA-Bund und den sozialistischen Parteien herausgegebenen Parole eine Demonstration zur Durchsetzung der aufgestellten Forderungen statt, wie sie Marburg noch nie gesehen hat. Leider kam es dabei auch zu einigen recht bedauerlichen Zwischenfällen. So drangen die Demonstranten in die Tapetenfabrik ein. Der reaktionäre Inhaber derselben hatte bereits am vergangenen Dienstag seinen Arbeitern durch Anschlag bekanntgegeben, daß jeder, der sich an den Demonstrationen beteiligen werde, auf das Pfaster fliegen würde. Der gleiche Herr hat seinerzeit bei der Ermordung Erzbergers in Gegenwart seiner Arbeiter noch seine Genehmigung über den gemeinen Mord ausgedrückt. Ein weiterer Zwischenfall entstand in der Marktstraße, wo beim Vorbeimarsch der Demonstranten ein Student höhnisch meinte, man sollte die Gesellschaft mit einem Wasserstrahl auseinanderreiben. Es kam dadurch zu einer Auseinandersetzung, wobei der Stu-

dent aus einem Revolver Schuß auf einen anderen Werbetor an Kopf höher verzieht. Die Menge jagt nun den Studenten, im Zuge mitgegangen und auf dem Friedrichsplatz vor Tausenden von versammelten Arbeitern zu erklären: „Ich bin ein Dumme, denn ich habe auf Arbeiter geschossen.“ Sodann wurde der Student der Polizei übergeben.

Warum die Kommunisten die Einheitsfront sprengten.

Freiwillig haben die Kommunisten es abgelehnt, den letzten Aufruf, der vom Gewerkschaftsbund und der Afa erlassen, und von den beiden sozialistischen Parteien mit unterzeichnet wurde, ebenfalls zu unterzeichnen. Der Aufruf, der am Dienstag vormittag, also unmittelbar vor den großen Kundgebungen im Reich, erlassen wurde, war veranlaßt worden durch zahlreiche Feststellungen, aus denen sich zweifellos ergab, daß von Seiten der rechtskonservativen Verbände gemacht werden würden, den geordneten Verlauf der Kundgebungen und damit ihre politische Wirkung durch Provokationen zu stören. Er forderte die Arbeiterschaft auf, sich durch derartige Märsche der rechtskonservativen nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen, da etwaige „Zwischenfälle“ nur den Plänen der rechtskonservativen Provokateure nützlich wären, der Sache der Arbeiterschaft und der Republik aber Schaden wüßten.

Man hätte annehmen sollen, daß dieser sehr notwendigen Warnung auch die Kommunisten hätten zustimmen müssen, da doch auch ihnen angeblich die Interessen der Arbeiterschaft über die unmittelbaren Parteinteressen stehen. Aber überraschenderweise lehnten sie es ab, ihre Unterschrift unter den gemeinsamen Aufruf zu setzen, und zwar mit der mehr als seltsamen Begründung, daß der Satz des Aufrufs: „Das Ziel der Provokateure könne nur sein, Mißtrauen gegen die Führer der Gewerkschaften und Parteien zu säen, Forderungen, Kampfmethoden zu propagieren, die außerhalb der von den unterzeichneten Organisationen gefassten Beschlüsse liegen und den alten Bruderstreit der Arbeiterparteien wieder aufleben zu lassen“, daß insbesondere der Schlusssatz von dem „alten Bruderstreit“ eine Spitze gegen die kommunistische Partei enthalte, deren Berechtigung sie nicht durch ihre Unterschrift noch ausdrücklich anerkennen könnten.

Diese Begründung ist natürlich vollkommen sinnlos, da mit genau demselben Recht ja auch die Unabhängigen die Unterschrift hätten ablehnen können. Der wirkliche Beweggrund ihrer Weigerung, sich der Warnung anzuschließen, lag denn auch nicht in dieser geheuchelten Empfindlichkeit, sondern zweifellos darin, daß man auf kommunistischer Seite nicht wagte, jenen Kreisen der eigenen Partei, denen die gemeinsamen aufgestellten Forderungen zu „waschlappig“ waren, und die daher entschlossen war, die Aktion weiterzuführen, entgegenzutreten. Daraus ergibt sich nun aber aufs neue, was allerdings beinahe zum Ueberdruß festgestellt ist, daß Vereinbarungen mit der SPD. vollkommen unmöglich sind, weil die Parteileitungen entweder nicht den Willen oder nicht den Mut und die Kraft haben, sich für die strikte Durchführung derselben einzusetzen.

Bedauerlich ist nur, daß trotz dieser buchstäblich erwiehnen Unzuverlässigkeit der SPD. ein Teil der Arbeiterschaft — und leider auch Anhänger der Sozialdemokratie — immer wieder darauf

besteht, wenn seitens der Kommunisten aus irgend einem Anlaß und unter Berufung auf die gemeinsamen Interessen der Arbeiterschaft die Einheitsfronttrumpete geblasen wird. Wie lange will sich die Arbeiterschaft noch durch diesen Schmutzbeläutern lassen?

Verbot eines Hejorgans.

Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien hat auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik die „Schlesische Tagespost“ wegen Verleumdung und öffentlicher Beschimpfung von Mitgliedern der Reichs- und preussischen Staatsregierung für vier Wochen verboten. Das Blatt hat in seiner Nummer vom 7. Juli gegen den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Dr. Voelky den Vorwurf stücker Rohheit, Verkommenheit und wohlberechneter Verleumdung erhoben. In derselben Nummer wirft die „Schlesische Tagespost“ dem Reichskanzler Dr. Brüning vor, daß er mit gewissen Maßnahmen gedroht habe, bis er vom Landesfeind an seine Pflicht erinnert werden mußte, was die denkbar schwerste öffentliche Beschimpfung eines deutschen Staatsmannes ist.

Bellegung des Berliner Buchdruckerstreiks. Im Berliner Buchdruckerstreik ist gestern eine Einigung erfolgt, so daß die Zeitungen wahrscheinlich schon von heute mittag ab wieder erscheinen werden. Von der Wiederaufnahme der Arbeit ab gellen die vom Tarifauschuß festgesetzten neuen Leuerungszulagen; ferner erhält jeder männliche Arbeiter einen einmaligen Betrag von 300 Mark, weibliche und jugendliche entsprechend weniger. Die Streiktage werden nicht bezahlt.

Die „Hilfe“ für die Presse. Der Reichsrat beschäftigte sich gestern mit den Ansuchenberichten über den Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse. Es wurde ein Antrag Preussens angenommen, in dem es heißt: Bei Veräußerung von Holz durch die zur Gewinnung des Holzes von forstwirtschaftlichen Grundstücken Berechtigten wird eine Abgabe von 1/2 Prozent des Verkaufspreises erhoben. Nutzleser von forstwirtschaftlichen Grundstücken unter 10 Hektar bleiben von der Abgabe frei. Die Abgabe ist an die Rückvergütungskasse für die deutsche Presse abzuliefern. Das Gesetz soll vorläufig bis zum 31. Dezember 1923 gelten und in erster Linie soll die kleine und mittlere Presse berücksichtigt werden. Außer der Umsatzsteuer bei Holzverkäufen wird eine Zuschlagabgabe von anderthalb vom Tausend erhoben. Mit diesen Mitteln wird man der außerordentlichen Notlage der Presse nicht Herr werden. Abhilfe kann nur durch eine gemeinwirtschaftliche Regelung der Papierproduktion geschaffen werden.

Das ausländische Kapital in Rußland. Nach Berechnungen des Petersburger Instituts für wirtschaftliche Forschungen beläuft sich die Gesamtsumme des zu Beginn des Jahres 1917 in Rußland investierten ausländischen Kapitals auf 242,9 Millionen Goldrubel. Nach der Nationalität entfielen davon auf Frankreich 32,6 Prozent, auf England 22,6 Prozent, auf Deutschland 19,7 Prozent, auf Belgien 14,3 Prozent, auf Amerika 5,2 Prozent, auf Holland 1,8 Prozent, auf die Schweiz 1,5 Prozent, auf Schweden 1,1 Prozent, auf Dänemark 0,7 Prozent, auf Österreich 0,4 Prozent, auf Italien 0,1 Prozent usw. Es ergibt sich daraus, daß das französisch-belgische Kapital fast die Hälfte des gesamten in Rußland investierten ausländischen Kapitals ausmacht.

Politische Mordelnde.

Die Mordelnde im Altertum wie im Mittelalter entsprangen meist persönlichen Gründen, und es führten fast immer Herrschsucht und Eigennutz die Mörderhand; zum Teil waren es auch gekrönte Häupter, die sich im Streit um die Herrschaft gegenseitig umbrachten. Darum aber hatten auch diese Schandtaten für das Volk kaum weitergehendes Interesse. Wenn 1288 Philipp von Schwaben durch Otto von Wittelsbach ermordet wurde, oder Albrecht I. von Johann Parricid, welchen Formuri Schiller in seinem Schloßdrama benutzte, um Tels reine Tat zu kennzeichnen, so konnten diese Taten das Volk kaum in Erregung bringen, denn es hatte so oder so doch immer seinen Rechten abzutreten und den gleichen Frieden zu verrichten.

Mordelnde aus fanatischem Haß gegen eine Ueberzeugung setzen erst mit dem Beginn der Religionskämpfe ein. Wenn Luther für vogelstreich erklärt wurde, so sagte dies nichts anderes, als daß er dem fanatischen Haß des Mordelndes ausgeliefert wurde. Das war in den Augen der Rechtschaffenen noch eine große Tat. Nicht anders zu bewerten ist die Verbrennung des Johann Fuß zu Konstanz; denn wenn hier auch ein förmliches Verfahren mit dem Ende der Verurteilung zum Feuerstich gleichsam wie ein Schauspiel aufgeführt wurde, so entsprang doch das ganze Verfahren und die Verurteilung nur dem fanatischen Glaubenshaß, dem man einen Schein des Rechts zu geben suchte.

Am zahlreichsten von Mordelnden heimgejagt war wohl Napoleon. Am 21. Dezember 1800 wurde ein Mordelndes Attentat gegen ihn unternommen, der zweite Versuch eines Attentats mißglückte im März 1801. Auf den Kaiser Napoleon unternahm, am 18. Oktober 1809 der deutsche Student Steudt ein Mordelndes. Viele andere kamen dagegen gar nicht erst bis zu einem Versuch, da eine zuverlässige Leibgarde des Kaisers ausblieb. Wegen Louis Philipp schloß man sechs Mordelnde auf in dem kurzen Zeitraum von zehn Jahren. Schließlich rechnete man auch Napoleon III. zu. Gegen die Königin Victoria von England wurden vier Mordelnde unternommen in den Jahren 1840, 1842, 1843 und 1844. Die weltweite größte Zahl der politischen Mordelnden hat aber wohl England aufzuweisen, doch wird man hier einen Hinweis geben müssen, da die Attentate gegen die Träger des britischen Systems, namentlich gegen die

entsprungen und nur der gewalttätigen Unterdrückung begegnet werden sollte. In dem geschichtlichen Laube der Einrichtungen und Beurteilungen aus rein politischen Gründen wurde schließlich auch in gleicher Münze wieder heimgezahlt.

In einem Vergleich mit den reaktionären Morden der Jetztzeit kann vielleicht nur das Attentat gegen den Präsidenten Abraham Lincoln von den Vereinten Staaten Amerikas herangezogen werden. Lincoln war ein eifriger Vorkämpfer der Sklavenerfreierung, und als solcher wurde er von Nordstaaten ermordet, wo im Gegensatz zu den Südstaaten die Sklaverei abgeschafft war. Die Südstaaten fielen darauf ab, und Lincoln unterwarf mit Waffengewalt die Abtrünnigen, womit gleichzeitig der Sieg der Sklavenerfreierung entschieden war. Von einem fanatischen Anhänger des alten Systems der Sklaverei wurde Lincoln am 14. April 1865 ermordet. Wegen den Willen der Sklavenerhalter hatte Lincoln seinen eisernen Willen nach Sklavenerfreierung durchgesetzt und mußte es mit dem Leben bezahlen.

In Deutschland fiel am 23. März 1819 der damals fruchtbarste und auch fruchtbarste Luftschiffbauer Robert, der gegen angemessene Bezahlung dem Jaren Berichte aus Deutschland lieferte, der Mörderhand des Studenten Sand zum Opfer. Der Urgroßvater des letzten Kaisers hatte zwei Attentatsversuche auszuhalten und der Großvater sogar drei, mit denen aber zartere Monarchen so wenig Staat machen können, daß sie es noch gar nicht gewagt haben, sich zur Beschönigung des Mordelnden an Kathenan darauf zu berufen. Für Bismarck gab es lediglich den willkommenen Anlaß, den Erlaß seines Sozialistengesetzes damit zu begründen, daß ein viel schlimmeres Attentat gegen die politische Betätigung des arbeitenden Volkes war. Dies Bismarcks Sozialistengesetz hatte nicht etwa die Aufgabe, den Staat und seine Vertreter zu schützen gegen eine organisierte Mordelnde, sondern war gegen die politische Betätigung einer ganzen Klasse gerichtet, und darum ein Ausnahmengesetz.

Die Zahl der in Deutschland tätigen Ärzte hat sich gegenüber der Vorkriegszeit vermehrt. Während damals auf rund 2000 Einwohner ein Arzt kam, so trifft das 1920 schon auf 1551 Einwohner zu. In den Vereinigten Staaten gibt es übrigens ungefähr doppelt so viele Ärzte. Da kam im Jahre 1921 ein Arzt auf 730 Einwohner. Die Zahl der deutschen Ärzte betrug, nach einem Bericht der „Deutschen

Medizinischen Wochenschrift“ 1920: 87 880. Man hat nun nach dem Zuwachs der Ärzte in den letzten Jahren eine große Ueberfüllung des Arztstandes prophezeit und die Zahl der Ärzte für 1925 auf 56 380, d. h. ein Arzt auf 1028 Einwohner, geschätzt. Diese Berechnung ist aber viel zu hoch gegriffen, da man den Abgang durch Tod der Ärzte nicht in Betracht zog. Es sterben durchschnittlich in Deutschland 800 Ärzte jährlich. Die Ärztezahl dürfte also 1925 etwa 48 000 betragen, so daß ein Arzt auf 1400 Einwohner käme. Die Zahl der Medizinischberufenden ist gegenwärtig im Rückgang; sie betrug im Wintersemester 1919/20 20 888, im Sommersemester 1921 16 787.

Eine dänische Polarexpedition im Flugzeug. Die dänische Regierung hat eine italienische Flugzeugfabrik beauftragt, Hauptpläne für zwei Flugzeugmaschinen auszuarbeiten, die für eine noch in diesem Jahr zu unternehmende Polarexpedition bestimmt sind. Die Apparate müssen imstande sein, zahlreiche wissenschaftliche Instrumente mit sich zu führen und sollen über 2 bis 4 Motoren verfügen, während bekanntlich Kapitän Amundsen Polarsflüge nur einen Motor besaß. Die Flugzeuge für die dänische Polarexpedition sollen ferner mit Schlitten- und Schwimmskufen ausgerüstet sein.

Butter von Fischen. Die Indianer von Britisch-Kolumbien und Alaska gewinnen ihre Butter von einem Fisch, der „Colichan“ genannt wird. Er ist zwischen 6 und 8 Zoll lang und sehr fett. Jeden Sommer kommt dieser Fisch vom Meer in die Flüsse hinein, um zu laichen, und Millionen dieser Tiere werden dann gefangen. Die Fische werden zunächst in Holzstücken geworfen, wo sie einige Tage an der Sonne liegen. Dann tut man sie in große Holzbohlen, die mit Wasser gefüllt sind. Das Wasser wird durch Steine, die man hineinwirft, erhit. Diese primitive Art des Heizens soll nach der Ansicht der Eingeborenen sehr viel zu der Güte der Butter beitragen. Wenn nun das Fett der Fische in den Bottichen emporsteigt, wird es abgeschöpft. Es wird rasch hart und hat das Aussehen von Talg. Es soll aber fast so wie Butter schmecken, nicht den leichten Fischgeruch haben und mit seiner weißen Farbe sehr appetitlich aussehen. Die Indianer verwenden die Butter in Holzstücken und bewahren sie in großen Mengen auf, um sich das ganze Jahr davon zu nähren.

Danziger Nachrichten.

Der Lebensmittelwucher.

Die Lebensmittelpreise kletterten in den letzten Wochen unheimlich in die Höhe. Fleisch, Buntwaren, Milch, Butter, Margarine, Fette, Eier haben glücklicherweise den 60-100fachen Friedenswert erreicht. Damit ist eine glatte Rechnung vollzogen: Jedes Pfund vollwertiger Lebensmittel — ein Hundertmarktscheil. Der Milchverband, der sich „gemeinnützig“ nennt, hat den Milchpreis auf 8 Mark erhöht. Die kreisführende Bezeichnung „gemeinnützig“ hat, wie wir hören, auch schon bei den Behörden Anstoß erregt, dem Verband ist nahegelegt worden, die Bezeichnung zu unterlassen. Der Milchverwand denkt jedoch nicht daran. Der „gemeinnützig“ Milchverband wird der Bevölkerung Danzigs noch schwere Sorgen bereiten. Denn jetzt im Sommer schon derartige Wucherpreise für Milch verlangt werden, sind die Aussichten für die Milchversorgung im Winter geradezu trostlos; trotzdem Danzig in der Nähe des Werbers liegt, in dem sich Milchwirtschaft reißt. Die Butter stieg von 60 Mark auf 120 Mark im Preise. Auch Margarine, die in der Hauptsache den Zeitbedarf im Arbeiterhaushalt decken muß, schneit unheimlich im Preise herauf; beinahe der Schmalzpreis. Für Eier werden 70 Mark pro Dutzend verlangt. Die Fleischpreise haben eine derartige Höhe erreicht, daß nur wenige sich den Genuß von Fleisch und Wurst erlauben können. Wer die Fleischhälften beobachtet, wird finden, daß Ware in Fülle und Fülle vorhanden ist, Käufer sich jedoch nur spärlich einstellen. Der Preis für Zucker stieg ganz plötzlich von 10 auf 20 Mark. Kartoffeln, die vorübergehend im Preise gesunken waren, werden wieder teurer. Wer einermöglichen ehbare Kartoffeln auf dem Tisch haben will, muß 1,00 Mark pro Pfund bezahlen. An den Genuß feischer Kartoffeln ist gar nicht zu denken. Alle übrigen Lebensmittel steigen ebenfalls im Preise.

Die Folge davon ist Hunger. Kein Arbeiter, mittlerer Beamten- oder Angestelltenhaushalt ist in der Lage diese Wucherpreise zu bezahlen. Den verantwortlichen Stellen sollten die leeren Fleischhälften zu denken geben. Gegenüber dieser wahnsinnigen Teuerung nimmt sich selbst die beste Lohnerhöhung wie Pohn aus. Der Lohn- und Gehaltsempfänger bekommt ein paar Papierschneide mehr und sieht mit Grauen, daß er trotz alledem der Betrogene ist. Von den alten Renten und den Rentenempfängern ganz zu schweigen.

Empörend und verbitternd im höchsten Grade muß es wirken, daß der Senat im Kampf gegen die Teuerung vollständig versagt. Der Arbeiterschaft jedoch, die mit dem Aufgebot der ganzen Kraft gegen das Verhängnis ankämpft, stellt sich der Senat als der Beschöner einer kleinen Schwarzmachereitque hindern in den Weg. Er nimmt sogar offen Partei für die Unternehmer. Wohin soll das führen?

Noch gut drei Wochen, dann tritt der neue Getreidepreis in Kraft und das Brot wird ebenfalls wieder beträchtlich verteuert. Daß wir nicht 50-60 Mark dafür bezahlen müssen, ist der sozialdemokratischen Partei zu verdanken, die mit aller Schärfe den Agrariern und ihren Anhängern im Volkstag das Fortbestehen der Getreideumlage abtrotzte. Würden unsere Genossen nicht so tatkräftig für diese eingetreten sein, dann hätten die Agrarier ihre. Hogen statt für 6300, 13 000-14 000 Mark an den Mann gebracht. Denn die Agrarier sind immer die ersten, die sich der Raketa anzupfeifen versuchen, obwohl diese im Augenblick der Haufe absolut nichts mit vorhandener inländischer Ware und Erzeugung zu tun hat. Mit der „Raketa“

wird überhaupt jeder Wucher an Beschönigen versucht. Jedermann sucht sich den Dollar dienstbar und gefällig zu machen, nur der Lohnempfänger ist der Dumme. Der Dollar ist der alles entschuldigende König des Wuchers, der endlosen Preistreiber, das bequemste Entschuldigungsmittel.

Er ist zweifellos ein halb-arriger Geselle, der jeden anblinzelt und zeigt, der seine Macht spüren läßt, aber er ist nicht der einzige und nicht der alleinige Urheber so mancher habgierigen Preistreiber der Lebensmittel. Einfließen las man es ganz anders, als der offensichtliche Wucher durch die Zwangswirtschaft etwas beengt war und dem „freien Spiel der Kräfte“ der Weg geebnet werden sollte. Damals behauptete man allgemein, der freie Handel werde die gesamte Produktion heben, unnötige vertenernde Zwischenglieder beseitigen und Fleisch und Butter und Milch in Masse auf den Markt bringen. Dann würden die Preise sinken und das ausgehungerte deutsche Volk wieder zu Kräften kommen. Wir haben es mehrfach ausgesprochen: ein gemengelt-schwarzer Schwindel existiert nicht.

Sozialdemokratische Partei Danzig.

Donnerstag, den 10. Juli 1922, abends 7 Uhr:

Große Bezirks-Mitglieder-Verfassungen

1. Bezirk in der Aula der Hl. Schule, Seltige Weltstraße 111.
2. Bezirk in der Handels- und Gewerbeschule, An der großen Mühle.
3. Bezirk (Neufahrwasser) im Lokal Lengies, Albrechtstr. 10.
4. Bezirk (Schidlich) im Lokal Steppha, Karthäuser Str.
5. Bezirk (Langfuhr) im Lokal Kiezin, Brunsbüttel Weg.
6. Bezirk (Niederstadt) im Jugendheim Reiterstraße, Zimmer 81.
7. Bezirk im Lokal „Mankes Tondchen“, Seumarkt 10.
11. Bezirk (Hensude) im Lokal Schönwiese, Heißestraße 1. Ortsverein (Odra) im Lokal Ostbahn (Mathesius).

Thema in allen Versammlungen:

1. Das Getreideumlagegesetz und der neue Brotpreis.
2. Die Steuerpolitik der Freikautregierung.
3. Aussenbericht vom 2. Quartal.
4. Verschiedenes.

Redner: Abgeordnete: Wehl, Grünhagen, Arczynski, Koshowski, Brill, Reek, Neuberger, Len, Nagroski, Weyer, Werner, Spil, Dr. Bing, Frau Plagemann, Woell u. a. Brotpreise und Steuern sind Lebensfragen für das schaffende Volk. Aufklärung in diesen Fragen ist unbedingt notwendig. Darum erscheint alles Reiner darf fehlen!

Auch Nichtmitglieder, Freunde unserer Sache, sind willkommen!

Der Landesvorstand der S. P. D. Brill.

Die arbeitenden Schichten müssen sich bewußt sein, daß sich der unheimliche Einfluß der Landwirtschaft in allererster Linie in der Preisgestaltung auswirkt. Deshalb müssen die Massen zusammenstehen und geschlossen der Kampf gegen die Reaktion aufnehmen. Das Volk muß endlich erkennen, daß nicht die Agrarier und die ihnen verwandten Kumpane die Volkswirtschaft nach ihrem Willen einstellen können, sondern muß sie zwingen, die Eigeninteressen den Gesamtinteressen unterzuordnen.

Neuregelung des Bauarbeiterlohnes.

Seit Jahrzehnten kämpfen die Bauarbeiter um einen ausreichenden Bauarbeiterlohn. Sie verlangen Arbeiterbaukontrollen, denn nur diese bieten eine Gewähr dafür, daß Leben und Gesundheit der auf den Bauten Beschäftigten geschützt werden. Bekanntlich hat der Volkstag den sozialdemokratischen Antrag auf Anstellung von Arbeiterkontrollen abgelehnt. Bei den Verhandlungen spielte auch die in Vorbereitung befindliche neue Dienstankweisung für die Baukontrollen eine große Rolle. Diese Dienstankweisung wird jetzt im Staatsanzeiger vom 6. Juli veröffentlicht. Wir geben ihren Inhalt im nachstehenden wieder:

Die mit der Baukontrollen im Arbeiterlohninteresse beschäftigten Personen sind verpflichtet, die Bauten mindestens einmal wöchentlich auf die gewissenhafte Ausführung der im folgenden angeführten Forderungen zu kontrollieren. Für die zwingende Durchführung der gemachten Anweisungen ist allein die Baupolizei zuständig. Der Baupolizei ist daher umgehend Mitteilung zu machen (Fernsprecher), falls die von dem Baukontrollen getroffenen Anordnungen auf gültigem Wege nicht durchzuführen sind. Die Anordnungen dürfen aber das Maß der im folgenden gestellten Forderungen nicht hinausgehen.

Mißtangen müssen nach dem Bau neigen, sind Diagonalkontrollen zu versehen und stromweise nach den Innern des Gebäudes zu befestigen. Der Mißtastel muß dicht und sicher sein. Die Mißtangen müssen an der obersten Verbindung mit der Strohstange einen Durchmesser von mindestens 10 Zentimeter haben. Die Mißgel müssen mindestens 12 Zentimeter aufliegen bzw. einbinden und dürfen nicht über 1,0 Meter von Mitte zu Mitte von einander entfernt werden. Die Auflagerung bzw. Einbindung der Mißgel darf nicht auf lose Mißgel erfolgen. Auf dem Mißtastel muß an den Mißtangen ein Brett hochkantig gestellt und in Stützhöhe ein Geländer angebracht werden. Gerüstbretter dürfen, sobald das Reichen von Sand zu Hand nicht mehr möglich ist, beim Abrücken nicht heruntergeworfen werden, sondern müssen an Ketten herabgelassen werden. Unter dem Mißtastel, auf dem gearbeitet wird, ist eine Fangrinne herzustellen, d. h. das nächst tiefer liegende Gerüststück voll abzugeben. Bei Leitergerüsten ist auf den Zwischenböden, auf welchen gearbeitet wird, nach außen ein Schuttbrett anzubringen. Das Gerüst muß Diagonalkontrollen erhalten und in jedem Stodwert fest verbunden sein. Gefäße sind gegen Herabfallen zu sichern. Bei Dächern mit Neigung von mehr als 20 Grad ist dicht unter dem Hauptgestell ein Fanggerüst anzubringen. Es muß mindestens 1,50 Centimeter breit, gut abgedeckt und mit einer 80 Centimeter hohen Borwand versehen sein. Bei sehr steilen Dächern (Neigung über 45 Grad) müssen Klemmen und Dachleder usw. bei den Arbeiten angefestigt sein. Alle Arbeitsstellen sowie Zufahrten, Zugänge, Durchfahrten und Durchgänge müssen entweder sicher abgedeckt oder abgesperrt sein. Bei Glätteis und Frostwetter sind Mißbretter, Leitern, Laufbahnen usw. mit Sand zu bestreuen.

Gänge, Treppenläufe und Arbeitsstellen sind mit einem einwandfreien, sicher befestigten Handlauf zu versehen. Bis zur Fertigstellung der Treppen sind die Treppenhäuser in den Balkenlagen oder Gewölbedecken sicher abzudecken. Die Deckungen für Leitertgänge und Aufzüge sind mit starken Geländern zu versehen. Deckungen, auch Balkenlöcher, welche zu nicht abgedeckten Räumen oder in Freie führen, sind sicher abzusperren, z. B. Andreaskreuz, Kalkgruben, Brunnen, Kellerzugänge und sonstige Vertiefungen sind sicher und fest abzudecken oder abzusperren.

Die Frauen aus dem Alten Staden Nr. 17

14) Von Jenni Lehmann.

Als Walter Rose Elis verliebte, suchte er nicht andere Freunde auf, wie er zuerst gewollt. Er lenkte seine Schritte aus der Stadt hinaus aufwärts zum Stadtpark. In der auf- und niedergehenden Menge entdeckte er bald Venitas feines Gesichtchen, das jetzt von einem leichten, breitrandigen Zirkus überhalet war. Die Mutter aina amischen ihr und Ines, deren junges Gesicht in dieser Zeit etwas reif Herbstes, Festes bekommen hatte, das in einem starken Gegensatz zu Venitas lächelnder, froher Anmut stand. Die Mutter zwischen beiden gleich mehr Venita. Sie sah noch jugendlich aus, nicht wie die Mutter erwachsener Töchter. Walter grüßte Venita, und es gelang ihm, sich den Dreien anzuschließen, so daß er an Venitas Seite ging. Geklopft wurde nicht allzu viel und wenig zusammenhängend. Man lauschte auf die Musik oder tauschte kleine Bemerkungen über die Vorübergehenden aus. Walter sann nicht viel nach über das, was gesprochen wurde. Ihm genügte es, Venitas Stimme zu hören und auf ihr helles Lachen zu lauschen.

Dann erzählte Frau Concha von den Sonntagen in ihrer spanischen Heimat und von der Glut und dem leichten Leben des Südens.

„Könnte ich doch einmal nach Spanien, Mutter,“ sagte Venita. „Ich würde immer nur in der heißen Sonne sitzen mögen, — ganz still, — und am Abend möchte ich den Fandango tanzen, so wie du ihn mich gelehrt hast, Mutter.“

„Tanzen ist etwas so Schönes,“ fuhr sie, zu Walter gewandt fort; „ich möchte wissen, wie die Leute zu den verschiedenen Zeiten getanzt haben, und dann immer selbst so zu tanzen versuchen.“

„Ich will Ihnen einmal Abbildungen bringen von Tanzenden, ich habe da viel Schönes,“ meinte Walter. „Tanzen geht früher oft zum Gottesdienst.“

„Das gefällt mir!“ rief Venita. „Bringen Sie die Bilder mit wenn Sie kommen.“

Frau Concha wiederholte die Einladung, und Walter ging frohen Herzens heim zur Mutter. Es war das erste Mal in seinem Leben, daß ihn die Liebe packte, Liebe zu

diesem fremdartigen, schönen Mädchen, das noch halb Kind war, — zu ihrer hellen Leichtigkeit, die in so starkem Gegensatz stand zu aller Schwere des Lebens, das er eben draußen hinter sich gelassen hatte, und sein junges Herz, das hart von dieser Schwere, von dem Dunkel der Zeit bedrückt ward, sehnte sich inständig nach Leichtigkeit, nach Frohem und nach Licht. Auch war er, der sich immer zurückgehalten, wehrlos dem ersten, hart auf ihn eindringenden Gefühl gegenüber, als es solche sind, die ihre Empfindung früh und leicht und häufig geben.

„Denn Walter ist nett,“ sagte Venita, als sie abends noch bei Rose sah. Frau Elis war im Kino, und nebenan rumorten die Kinder, die sich anstrengen und zu Bett gehen sollten. Zur weiteren Aussprache über den Freund blieb keine Zeit, obwohl es in den beiden jungen Herzen nach Mitteilung drängte. In der Küche nebenan hatte sich ein jämmerliches Kinderweinen erhoben. Der zwölfjährige Bube hatte die kleine zweijährige Alma nicht eben leicht ihrer Kleider entledigt und wollte sie nun in den Waschkorb packen, in dem die Kleine allabendlich verstaubt wurde. Dabei mochte er ihr wehe getan haben, die achthährige Elfe wollte ihr zu Hilfe kommen, der vererbte der Größere einen Stoß, der Vierjährige ward bange, daß es auch ihm an den Krügen gehen könne, und schrie ohne besonderen Grund zur Gesellschaft mit. — Rose mußte sich, obwohl sie die Wunden schmerzte, vom Fett aufrappeln, alle beruhigen und versöhnen, dafür sorgen, daß jedes seinen Platz für die Nacht in Ruhe einnahm. Als sie erschöpft zu ihrem Lager zurückkehrte, war Venita dem Vorn entflohen; nur die weiße Rahe war im Zimmer. Sie sah Rose mit seltsam funkelnden Augen an, als müßte sie allerlei geheime Dinge, Dinge der Zukunft, die sie nicht offenbaren wollte. Waren ihre Augen froh oder traurig, als seien an diese Dinge dachte?

Sommerfröhen und junge Herzen, die sich sehnen. —

Es ging, wie es immer geht. Eins findet das andre, auch wenn Hindernisse im Wege stehen. Hier aber gab es keine Hindernisse. Nichts als ein schmaler Straßendamm lag zwischen den beiden, die sich suchten. Er war leicht zu überschreiten. Und wenn er das Haus verließ, dann sah es das andre und fand sich von ungefähr dazu. Und daß die Wege dann immer in die gleiche Richtung führten und wohl gemeinsam zurückgelegt werden konnten, war nur ein Zu-

fall, über den keines von beiden sich zu wundern Grund hatte.

Und wenn sie abendlich in der verfallenen Laube saßen, über die der Stadtwall sich wölkte, dann sprachen sie wenig und träumten viel, und die Hände flochten sich leicht in einander. Sommerfröhen und zwei junge Herzen.

Es war niemand, der die beiden bewachte, aber sie bewachten sich selbst. Walter dachte viel zu hoch noch, und rein vom Weibe, trotz allem, was er draußen gesehen und gehört hatte, und Venita war trotz ihrer frühen süßlichen Blüte doch noch zu sehr Kind. Sie liebte nur mit halb wachen Sinnen. Ihre Hingabe an Walter war ein Sichanschmiegen, war Stolz auf den feinen, schönen Jungen und ein ihr neues Gefühl von Gehobenseit über sich selbst hinaus zu einer edleren Form der Lebensanschauung. Sie wuchs innerlich in dem Verkehr mit dem Reiferen. Ihre Seele hatte eine leidenschaftliche Hinneigung zum Schönen jeder Art, und da führte sie Walter zu Dingen, die sie nie gekannt, die ihm als Berufsinteresse das Leben füllten. Ihre Anklage, ihre Augen wurden besessener in dieser Zeit; sie war reizvoller als je zuvor. Doch blieb ihr das Schillernde, Reichbewegliche, das den schwerer gearteten Walter immer aufs neue hintriß und bezwang. Und immer neue Einfälle hatte sie, die ihn blendeten und freuten. Eines Nachmittags kam sie zu Rose in einem kurzen Seidenröckchen und spanischem Häutchen, das die Mutter noch bewahrte, und vor Rose und Walter schritt sie zierlich in selbstverfundenen Tanzschritten im Kreise, den Oberkörper wieder und biegend und leise im Rhythmus dazu summend. Ein andermal wirbelte sie im weichen Kleidchen auf den Beheupten im Kreise und hielt dabei in der hoch über den Kopf gehobenen Rechten ein Schellchen, das sie im Takte schwang, so daß es klingend zu den Drehungen anschlug. Manchmal auch sah sie am Fenster im verglühenden Licht und sang mit ihrer immer voller werdenden Modestimme deutsche Volkslieder, deren Innigkeit sie ein fremdartig starkes Leben ließ. Doch die Grazie des Tanzes war ihr Eigenes. Der Tanz schien ihr beinahe natürlicher als das Gleichmaß des ruhigen Gehens. Immer war ihr Tanz lebendig und leicht, niemals wurde er wild und maßlos. Sie hat nichts von einer Tänzerin, dachte Walter; eher glich sie einer Sphäre oder einem Eferkünd, das im Mondenslicht in dem grünen Elfenring tanzt.

(Fortsetzung folgt.)

Aus aller Welt.

Die Besetzung der „Kaiser“. Nach der Verzögerung des vor kurzem im Hamburger Hafen ankommenden Schiffes „Kaiser“ durch den Hamburger Blitzer: „Max“ ist dazu übergegangen, das Boot mit Hilfe von Winden und Seilen an Land zu bringen, das heißt in diesem Falle anzufrachten. In diesem Jahr ist man darauf bedacht, die „Kaiser“ an der Mündung des Schiffes gegenüberliegenden Kai, dem Mündelbergkai, schwere Stöße einzutragen. Auf der Außenwand des gekenterten Schiffes werden 10 Eisenböden von je 10 Meter Höhe festgemacht. Von diesen Böden sollen dann nach den Pfählen die schwere Masten, Stützbojen und so weiter gelegt werden, deren Enden an angelegte Winden kommen. Auf diese Weise soll das Schiff ausgerichtet werden, wobei zu bedenken ist, daß die 10 Meter hohen Böden, die auf eine Tragkraft von je 60 Tonnen geprüft sind, eine gewaltige Hebelkraft auswirken werden.

Drei Stodwerke hoch herabgesprungen. Ein früherer Kumpfer, der tags zuvor wegen mehrerer von ihm verübter Verbrechen festgenommen worden war, sprang am Freitag mittag plötzlich während seiner Vernehmung in einem im dritten Stock des Polizeigebäudes in Leipzig gelegenen Zimmer aus, schlang sich blitzschnell auf den Fensterhock und sprang von dort auf den Fußweg in die Wächterstraße hinunter. Er wurde von Polizeibeamten aufgehoben und in das Krankenhaus übergeführt, wo er gestorben ist.

Ein brutales Verbrechen verübte auf dem Rittergut Groß-Weißland bei Magdeburg der Oberinspektor Buer. Er schlug den 71-jährigen Nachtwächter Schömann, den er nachts schlafen antraf, derart mit einem Stock über den Kopf, daß der alte Mann, dem der Schädel zertrümmert wurde, sofort tot war. Buer flüchtete nach der Tat.

Erfolgreiche „Blattlauskontrolle“. Ein gefährlicher Betrugschwindler, der seit einiger Zeit sein Unwesen trieb, wurde von der Berliner Kriminalpolizei endlich unschädlich gemacht. Ein junger Mann, der sich bald Baron von Bantel, bald von Echos, bald Freiherr von Estein nannte, näherte sich heiratslustigen, besonders älteren Witwen und Mädchen und stellte sich ihnen als Generaldirektor, Generalingenieur oder Oberingenieur vor. Er erzählte ihnen dann allerlei von einem bedeutenden Posten, den er als Direktor in Nürnberg oder sonst einer Stadt in Süddeutschland zu übernehmen im Begriffe stehe. Dabei zeigte er auch Briefe, die seine Verhandlungen zu bekräftigen schienen. Die Bräute wußten natürlich nicht, daß er sie selbst für seine Schwindelzwecke geschrieben hatte. In der Regel spielte in seinen Vorlegungen eine Ueberlandzentrale, die in Kontur geraten war, eine Rolle. Der Konkurs hatte den Generaldirektor gezwungen, einen neuen Posten zu übernehmen, zunächst aber auch in Verlegenheit gebracht, weil er sein in das Unternehmen hineingestecktes Kapital oder seine letzten Gehaltsbezüge erst nach Beendigung des Konkursverfahrens herausbekommen könne. Die Bräute, die voneinander nichts wußten, halfen ihm gern aus und gaben dafür nicht nur ihr bares Geld, sondern auch noch ihre Schmuckstücke her. Einige nahen er auch nach der Stadt seiner angeblichen künftigen Tätigkeit mit, um Morgen verließ er dann das Hotel „Au Konferenzen“ und kehrte erst abends zurück. Wenn dann die Mittel des Opfers erschöpft waren, so ließ er es im Hotel sitzen und fuhr nach Berlin zurück, um ein neues anzuknaben. Trotz aller Nachforschungen war der Schwindler nicht zu fassen, bis jetzt endlich eine Spur nach einer großen Laubensolonie führte. Hier traten nun Beamte als Blattlauskontrolleure auf, und so gelang es ihnen, den „Baron von Bantel“ zu ermitteln und festzunehmen. Er entpuppte sich als ein Elektrotechniker Fritz Altko. Der Verhaftete hat ohne Zweifel noch viel mehr auf dem Kerbholz, als man bis jetzt weiß.

Verjammlungs-Anzeiger

- S. P. D.** Frauenkommissionsitzung Mittwoch abend 7 Uhr im Parteibureau.
- Deutscher Metallarbeiter-Verband.** Elektromonteur und Helfer. Dienstag, 6 Uhr, Maurerherberge, Kleiner Saal; Versammlung. Abstimmung über den Schiedsspruch.
- Eisenbahnhauptwerkstatt.** Mittwoch, den 12., 8 Uhr bei Müller, Rehringer Weg; Betriebsmitgliederversammlung.
- Former und Blechereiformer.** Donnerstag, den 18., abends 6 Uhr, Zimmer Nr. 70 des Gewerkschaftshauses; Branchenversammlung.
- Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.** Dienstag, den 11.: Frauenräumerversammlung abends 8 Uhr bei Reimann, Fischmarkt 8. Mittwoch, den 12.: Generalversammlung für alle im Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband organisierten Kollegen abends 5 1/2 Uhr bei Schmidtke, Schillinggasse 3. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
- Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Joppot.** Mittwoch, den 12., abends 7 1/2 Uhr in der Schule Danzigerstraße; Mitgliederversammlung.
- Deutscher Holzarbeiter-Verband.** Mittwoch, den 12. Juli, abends 6 Uhr im Sozial Stepphub, Schidlitz; Versammlung aller organisierten Holzarbeiter der Privatbetriebe. Tagesordnung: 1. Bericht über den gefällten Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses. 2. Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Resultats. Kollegen! Dies ist die letzte Abstimmung, die Entscheidung muß am Mittwoch fallen; darum darf niemand fehlen.
- Bereit Arbeiterjugend Langfuhr:** Mittwoch, den 12. Juli, 7 Uhr abends, im Heim; Mitgliederversammlung.
- Jungsozialistengruppe.** Mittwoch, den 12. Juli, abends 7 Uhr, findet eine außerordentliche Mitgliederversammlung in der Hiltzschule, Heilige Geistgasse, statt. Tagesordnung wird dort bekanntgegeben. Das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist dringend notwendig.

Gosda Schnupftabak
garantiert rein gekachelt
Überall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Häbergasse 8.

Ein tödlicher Unfall auf der Götterstraße. Bei der Bearbeitung eines großen Stromrades mit dem Dampfhammer sprang ein 60-jähriger Mann und traf den Arbeiter Richard Hübner so unglücklich gegen den Kopf, daß er sofort verlor. Der Verunglückte wurde nach dem nächsten Krankenhaus gebracht, wo er bald nach der Einlieferung starb.

Japan. Kreditriemenfabrik. Aus der tiefen Pregel ist ein 6 Meter langer, 12 Zentimeter breiter, doppelseitiger, ungenutzter Kreditriemen geflochten worden.

Mordfall. Ein Opfer des Wadens. Drei Arbeiter des Gießereis O. Claesens badeten nach Feierabend in der Elbe. Einer von ihnen, der 30-jährige Arbeiter Johann Albrecht, der nicht schwimmen konnte, sprang bloß im Wasser in die Elbe und ging plötzlich unter, ohne einen Laut von sich zu geben. Seine beiden Arbeitskollegen bemerkten den Unfall, konnten Albrecht jedoch nicht finden. Wahrscheinlich hat er einen Herzschlag erlitten. Die Leiche konnte bisher trotz allen Suchens noch nicht geborgen werden.

Kreis Danziger Höhe. Der Gemeindevorsteher und Hofbesitzer Karl Knickel ist zum Stabsbeamten für den Stabsamtsbezirk Strippow im Kreis Danziger Höhe an Stelle des Stabsbeamten Albert Pappe in Strippow ernannt worden.

Aus dem Osten.

Rußland. Ueberfall auf ein Mädchen. Als ein im Hubsburghaus angestelltes Mädchen mit der elektrischen Straßenbahn nach Marasenhof gefahren war, ging es dem Fußweg am Stadtpark entlang. Plötzlich sprang eine männliche Person auf das Mädchen zu, setzte ihm eine Pistole auf die Brust, stopfte ihm mit Gewalt ein Taschentuch in den Mund, warf es zu Boden und versuchte, es zu verewaltigen. Durch ein Geräusch muß er jedoch gestört worden sein, denn plötzlich ließ er von dem Mädchen ab.

Rußland. Im Pregel ertrunken. Sonnabend vormittags ertrank im Pregel ein unbekannter Russe. Am Sonntag war in der Gegend der Altkristlichen Holzweidenstraße ein unbekannter Mann nachmittags in den Pregel gestürzt und ertrunken.

Warisburg. Ertrunken ist das sechsjährige Söhnchen des Gutsbesizers Kohnl-Braunswalde. Während die Eltern zur Stadt gefahren waren, war der Junge an die Kugel gegangen um zu baden.

Schwarzort. Ein großer Dänekurs erfolgte ungefähr 1/4 Meilen südlich von Schwarzort. Der Schwarzortier Drl passierte die Stelle mit einer Rinderherde, die 45 Stück umfaßt, in der Richtung zum Drumsack, um hier zu weiden, als plötzlich der Einsturz erfolgte. Wäre der Drl nur 5 Minuten früher an der Stelle angelangt, so wäre die ganze Rinderherde durch die einströmenden Sandmassen begraben und der Schwarzortier Gemeinde ein großer Schaden verursacht worden. Nach den Mitteilungen der Fischer ist dieser Einsturz der größte, der in dieser Gegend je passiert ist.

Dr. Eylan. Einen verwegenen Diebstahl führten einige im Reiten offenbar gut bewanderte Langfinger aus, indem sie von einem 36 Meter hohen Siegelstein am Gefertich, den die Stadt von einer Firma gekauft hat, den Blitzableiter nebst Platin- und sonstigen Zubehörsstücken, von unten bis oben zur Goldspitze, entfernten.

Goldap. Die rechte Hand abgerissen wurde dem 10-jährigen Lächterchen des Polizeiwachmeisters Schuhmacher, das mit seinem 7-jährigen Bruder und dem Sohn des Hühlerhändlers Wahrs auf dem Kaiserhof spielte und einen aus dem Feldzug kommenden Händler fand, mit dem die Kinder sich beschäftigten. Der Händler explodierte und brachte den Geschwizern Schuhmacher so schwere Verletzungen bei, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Auch der kleine Wahrs erlitt Verletzungen.

Schneidemühl. Rinder verfährt. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde gegen die beruflose Charlotte Sonnenburg wegen Körperverletzung und Unzucht verhandelt. Der Angeklagten wurde zur Last gelegt, im März und April 1922 in acht Fällen mit Schulkindern unzüchtige Handlungen vorgenommen und die Kinder angefaßt zu haben. Die Angeklagte war geständig. Das Urteil lautete auf 3 Jahre Zuchthaus.

Rosig. Ein deutscher Konsul für Pommern. Zum deutschen Konsul für die polnische Wojewodschaft Pommern ist Dr. Thaben mit Sitz in Rosig ernannt worden. Der polnische Staatschef hat, wie aus Warschau hierzu gemeldet wird, sein Einverständnis zur Ernennung Dr. Thabens bereits erteilt.

Stettin. Tot aufgefunden wurde auf dem kath. Kirchhof der Rentienempfänger Potasch, der einem Verstorbenen das letzte Geleit geben wollte und dem Leichengang vorausgeeilt war, da er des hohen Alters wegen dem Zuge nicht folgen konnte. Als die Beidtragenden an das Grab herankamen, fanden sie bereits einen Toten vor.

Schah. Ein Opfer des „S. 18“. Nachdem schon vor einiger Zeit die Leiche eines Marineoffiziers, der bei dem Brandunglück des Torpedoboots „S. 18“ an Toke gekommen war, bei Bohme aufschwammte, fand ein Fischer beim Einzischen seiner Reibe nahe der Unfallstelle die Leiche einer Marineperson im Nehwert verwickelt vor.

Wismar. Ein Mordversuch. Der Besitzer der Mittelstraße wurde Sonntag nacht 11.30 Uhr in seiner Wohnung überfallen. Er erhielt Dolchstiche ins Genick, am Kopf und an der Schulter. Durch verzweifelte Gegenwehr gelang es Strauß, sich des Verbrechers zu erwehren und um Hilfe zu rufen. Tiefer erschrocken in dem Augenblick, während gleich darauf Strauß blutüberströmt in der Eingangstür aufgefunden wurde. Er ist außer Lebensgefahr. Zweifelslos war es ein Mordversuch.

Die Bauarbeiten in Danzig. Die Bauarbeiten in Danzig sind im allgemeinen im Fortschritt. Die Arbeiten an der Ostseite der Stadt sind besonders weit vorgeschritten. Die Arbeiten an der Westseite sind ebenfalls im Fortschritt. Die Arbeiten an der Südseite sind ebenfalls im Fortschritt. Die Arbeiten an der Nordseite sind ebenfalls im Fortschritt. Die Arbeiten an der Ostseite der Stadt sind besonders weit vorgeschritten. Die Arbeiten an der Westseite sind ebenfalls im Fortschritt. Die Arbeiten an der Südseite sind ebenfalls im Fortschritt. Die Arbeiten an der Nordseite sind ebenfalls im Fortschritt.

Die Bauarbeiten in Danzig. Die Bauarbeiten in Danzig sind im allgemeinen im Fortschritt. Die Arbeiten an der Ostseite der Stadt sind besonders weit vorgeschritten. Die Arbeiten an der Westseite sind ebenfalls im Fortschritt. Die Arbeiten an der Südseite sind ebenfalls im Fortschritt. Die Arbeiten an der Nordseite sind ebenfalls im Fortschritt. Die Arbeiten an der Ostseite der Stadt sind besonders weit vorgeschritten. Die Arbeiten an der Westseite sind ebenfalls im Fortschritt. Die Arbeiten an der Südseite sind ebenfalls im Fortschritt. Die Arbeiten an der Nordseite sind ebenfalls im Fortschritt.

Die Bauarbeiten in Danzig. Die Bauarbeiten in Danzig sind im allgemeinen im Fortschritt. Die Arbeiten an der Ostseite der Stadt sind besonders weit vorgeschritten. Die Arbeiten an der Westseite sind ebenfalls im Fortschritt. Die Arbeiten an der Südseite sind ebenfalls im Fortschritt. Die Arbeiten an der Nordseite sind ebenfalls im Fortschritt. Die Arbeiten an der Ostseite der Stadt sind besonders weit vorgeschritten. Die Arbeiten an der Westseite sind ebenfalls im Fortschritt. Die Arbeiten an der Südseite sind ebenfalls im Fortschritt. Die Arbeiten an der Nordseite sind ebenfalls im Fortschritt.

Die Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Verbraucherkammer

wird in Eingaben an den Senat und Volksrat für den Freistaat Danzig erstrebt. Die Anträge gehen von der Danziger Verbraucherkammer aus, die, wie die Beherrschammer, lediglich eine privat-rechtliche Organisation ist. Diesen Anträgen sind Denkschriften und Grundzüge beigelegt, in denen die Gründe dargelegt werden für die Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Verbraucherkammer, die Befähigung dieser Selbstverwaltungsbekörde und ihre Aufgaben. Es wird dazu ausgeführt:

Die ganze Frage der Verbraucherkammer und ihre Tätigkeit liegt nicht auf parteipolitischen, sondern lediglich auf wirtschaftlichem Gebiet. Sie soll helfen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden, den Gang des öffentlichen Lebens auf wirtschaftlichem Gebiet zu erleichtern und die wirtschaftlichen Interessengruppen durch sachkundige Vertretung der Verbraucherinteressen auszugleichen. Die Kriegsgeschichte hat die drei wirtschaftlichen Gruppen Erzeuger, Händler und Verbraucher herausgehoben und besonders zur Mitarbeit herangezogen. Vor dem Kriege machte man den Fehler, hauptsächlich nur an Erzeuger und Händler zu denken und sie zur Mitarbeit zu organisieren. Sie hatten ihre Landwirtschaftskammer, Handelskammer, Handwerkskammer und Industrievertretungen, die in der Lage waren, ihre Interessen zu fördern und bei wirtschaftlichen Maßnahmen zur Geltung zu bringen. Für die Verbraucher fehlte etwas Entsprechendes. Bald nach Kriegsbeginn wurde diese Lücke ausgefüllt. Die Verbraucher erhielten neben den Erzeugern und Händlern ihre Vertretung in den Preisprüfungsstellen und an anderen Stellen. Die Verbraucher ihrerseits schlossen sich zusammen, indem die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und der freien Berufe sich in dem Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen vereinigten. Die Fortsetzung und die Ausländer dieses Zusammenschlusses sind die privat-rechtlichen Verbraucherkammern, von denen auch eine in Danzig besteht. Diese Verbraucherkammer betrachtet sich nur als eine Vorstufe und Wegbereiterin für die öffentlich-rechtliche Verbraucherkammer und erwartet dann weiter ihre Eingliederung in die allgemeine wirtschaftliche Organisation des Reiches, den Reichswirtschaftsrat und in Danzig die sogenannte Berufsvertretung. In einzelnen Ländern des Reiches sind derartige öffentlich-rechtliche Verbraucherkammern bereits errichtet.

Ueber die Aufgaben der Verbraucherkammer heißt es in Nr. 2 der Grundzüge: Der Zweck der Verbraucherkammer ist: a) die wirtschaftspolitische Interessensvertretung der Verbraucher, b) Förderung von Wirtschaft und Handel, c) Belehrung und Erziehung der Verbraucher, d) Beratung der Behörden in allen Verbraucherangelegenheiten, e) Ausführung von Verwaltungsaufgaben. Insbesondere wird die Verbraucherkammer die Verbraucherbefähigung, der Preisprüfungsstellen, der Versorgungsanstalten, des Beirats des Wirtschaftsrats, der Augenbandelstelle, des Bucherates und des Bundesrats beschließen. Gelegenheitsweise, die das Interessengebiet der Verbraucherkammer betreffen, sind der Kammer zur Begutachtung vorzulegen. In dem zu bildenden Wirtschaftsrat stellt die Verbraucherkammer die Verbrauchervertreter. Die Verbraucherkammer vertritt nur wirtschaftliche Interessen. Parteipolitische und konfessionelle Bestrebungen sind ausgeschlossen.

Ueber die Frage, wer als Verbraucher anzusehen ist, sagt Punkt 4 der Grundzüge: Wähler für die Verbraucherkammer ist jeder Verbraucher, der das 20. Lebensjahr vollendet hat und zwar Mann und Frau. Als Verbraucher im Sinne des Verbraucherinteresses gelten nicht die selbständigen Kaufleute, Händler, Wäler, Fleischer, Gastwirte, Industriellen, ferner diejenigen Landwirte und Gärtner, die von den Erzeugnissen ihrer Wirtschaft verkaufen, Mann und Ehefrau. Die Wahl erfolgt durch das allgemeine gleiche, geheime Wahlrecht. Der ganze Freistaat bildet einen Wahlkreis. Es wird dann weiter dargelegt, wie die Verbraucherkammer auf Grund der Vertiefung in den Wirtschaftsrat einzutreten ist und inwiefern die Aufgaben der Verbraucherkammer nicht von andern Kammeren nebenher übernommen werden können. Vor allem wird es abgelehnt, daß etwa die Handelskammer als geeignete Vertretung der Verbraucherinteressen erklärt werden soll.

Danziger Nachrichten.

Herr Plucinski wird falsch verstanden worden sein.

Vor einiger Zeit erregte die Veröffentlichung einer Unterredung zwischen dem diplomatischen Vertreter Polens in Danzig, Plucinski, und einem Journalisten der „Gazeta Warszawska“ berechtigtes Aufsehen. Nach der „Gazeta Warszawska“ sollte Plucinski von einer nur zeitlich begrenzten Autonomie Danzigs und von einem „kindlichen Trost“ des Senats gesprochen haben. Der Senat richtete hierauf eine offizielle Anfrage an den diplomatischen Vertreter Polens in Danzig. Auch der Volkstag beschäftigte sich damit. Der Abg. Rangoniski (Wose) erklärte dabei, daß die Unterredung unrichtig ins Deutsche überföhrt sei. Er gab dann die nach seiner Ansicht richtige Uebersetzung von der beanstandeten Stelle über die Autonomie Danzigs. Die „Gazeta Warszawska“ veröffentlichte nun eine Zuschrift Plucinskis, wonach der Satz: „Die Streitigkeiten werden solange dauern, solange eine Danziger Autonomie bestehen wird“ lauten muß: „Die Streitigkeiten werden schließlich bauernd sein, solange das Verhältnis Polens zu Danzig nicht endgültig, und zwar nicht nur grundsätzlich, sondern auch in der praktischen Ausführung, geregelt ist.“

Auch bezüglich des „kindlichen Trostes des Senats“ sollen die Worte nicht richtig wiedergegeben sein. Herr Plucinski wollte nur sagen, daß die Titulatur des Vertreters Polens in Danzig ausschließlich Sache der polnischen Regierung sei. Auf die Anfrage des Senats an den diplomatischen Vertreter Polens in Danzig, hat dieser nun in einem längeren Schreiben geantwortet, in dem er auf die Richtigstellung seiner Unterredung in der „Gazeta Warszawska“ hinweist. Dann wird das Kampffeld verschoben und auf die Rede des Senatspräsidenten Dr. Plehm in Marienburg hingewiesen. Zum Schluß beklagt sich Plucinski darüber, daß Danzig in der Auswählungsfrage die Rechte Polens versummere.

Umsatz- und Luxussteuer.

Mit dem 6. d. Mitt. ist das Umsatz- und Luxussteuergesetz vom 4. 7. 1922 in Kraft getreten. Von diesem Tage ab erhöht sich für die allgemeine Umsatzsteuer der Steuerfuß von 1/2 auf 1 1/2 v. H.

Eine starke Erweiterung hat besonders die bisherige Klasse der Luxussteuerpflichtigen Gegenstände erfahren. Fast jedes zweite Geschäft dürfte einen oder den anderen Gegenstand, der nach dem neuen Gesetz für Luxussteuerpflichtig erklärt ist, führen.

Zur schnellen und leichten Orientierung der in Frage kommenden Geschäfte sind Auszüge aus den diesbezüglichen §§ 15, 16 und 17 des Gesetzes herabgedruckt worden, die bei der Firma Schöroth, Danzig, Heilige Geistgasse 89, gegen Entrichtung der Druckkosten erhältlich sind.

Zu erwähnen ist, daß Geschäfte, die Luxussteuerpflichtige Gegenstände führen, besondere Buchführung einrichten müssen. Nähere Anweisungen über die Ausführung dieses Gesetzes werden demnächst von Seiten des Senats ergehen.

Die Wirkungen dieses von der bürgerlichen Mehrheit gegen die schärfste Ostraktion der Linken beschlossenen Gesetzes werden sich also demnächst sichtbar machen. Der Kampf der Linken hatte nur einen kleinen Teilerfolg, einige Verbrauchsgegenstände wurden von der 10prozentigen Luxussteuer befreit. Ganz entschieden schneit es jedoch die bürgerliche Mehrheit ab, die Umsätze in Lebensmitteln von der erhöhten Steuer auszunehmen. Die jetzt schon unerhöht hohen Lebensmittelpreise werden durch die 1/2prozentige Umsatzsteuer, die bei jedem Umsatz gezahlt werden muß, noch weiter verteuert. Da die bürgerliche Mehrheit das Gesetz beschlossen hat, wird sie auch die Folgen tragen müssen.

Das erleichterteste Warengewicht.

Wie trotz der unerschwinglichen Preise von gewissenlosen Händlern noch betrügerische Gewichtsmomanipulationen vorgenommen werden, um den lieben Profit zu steigern, zeigte eine Verhandlung vor dem Schöffengericht. Unter der Anklage des Betruges hatte sich die Händlerin Auguste Bröde geb. Schneider zu verantworten. Ihr war zur Last gelegt worden, daß sie seit dem Herbst 1921 fortgesetzt beim Handel mit Nüssen die Käufer dadurch benachteiligt hatte, daß sie unter der zum Abwiegen der Ware bestimmten Waagschale eine Eisenplatte befestigt gehabt hätte, die 65 Gramm wog, so daß jeder Käufer sich um 65 Gramm bei seinem Einkauf geschädigt sehen mußte. Dafür hatte sie einen Strafbefehl in Höhe von 3000 Mark Geldstrafe erhalten, aber Einbruch eingelegt. Die Angeklagte behauptet, sie habe an dem Tage, als die Polizei die Waage bei ihr beschlagnahmte, infolge besonderer Umstände die Breitlinge für 50 Pf. billiger verkauft können, als die Konkurrenz, und ungedenkten regen Anspruch gehabt, so daß sie sich von ihrem Verkaufsstand nicht habe wegrücken können. Die Waage wäre ihr von einem benachbarten Verkaufsstand durch eine Kundin überreicht worden, sie habe auch ihren Verkaufsstand einmal kurze Zeit verlassen müssen, um von einem aus Niederschlesien angelaugten Dampfer neue Ware in Empfang zu nehmen. Den Polizeibeamten, der Waage und Gewichte nachprüfte, hätte sie wohl gesehen, aber kein Bedenken gehabt, ihn ruhig an sich herankommen zu lassen, da sie ein reines Gewissen gehabt hätte. Wie es möglich war, daß der Beamte dann die Eisenplatte unter der Waagschale gefunden habe, könne sie sich nicht erklären. Zwei Händlerinnen, denen die Angeklagte offenbar durch ihr unkluges Geschäftsgewandeln die Kunden weggeschmawwt hatte, und die von der Anklagebehörde als Zeuginnen benannt worden waren, verweigerten vor Gericht ihre Aussage, wozu sie berechtigt waren, da sich herausstellte, daß sie mit der Angeklagten verwandt oder verschwägert waren. Da die Angeklagte bereits wegen verurteilten Betruges vorbestraft ist, hielt der Gerichtshof bei dem schamlosen Betrug der Angeklagten, durch den sie nicht nur ihre Kunden, sondern auch das ganze ehrliche Gewerbe weitestens in seinem Ansehen schwer geschädigt hat, eine Geldstrafe allein für keine hinreichende Sühne und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von einem Monat und nebenher auch noch auf die bereits durch Strafbefehl festgesetzte gewisse Geldstrafe von 3000 Mark, an deren Stelle im Nichtvollstreckungsfall weitere 300 Tage Gefängnis treten sollen. Um der Angeklagten aber Gelegenheit zu geben, sich fernzuhalten durch Ehrlichkeit und Wohlverhalten den Erfolg der Freiheitsstrafe zu verhindern, wurde ihr vorläufiger Strafausschub bewilligt, wenn sie eine weitere Buße von 1000 Mark bezahlt.

Das Danziger Auswandererlager. Der Direktor der Filiale der Warschauer Emigrationsbank Dr. Boleslaw Wator, hat mit der Regierung der polnischen Republik einen Vertrag über die Verwaltung einer Aktiengesellschaft abgeschlossen, welche die Lösung der überseeischen Auswandererfrage in die Hand nehmen soll. Auf Grund des mit der polnischen Regierung abgeschlossenen Vertrages, bezieht das Anlagekapital der Gesellschaft aus 85 Prozent Aktien, die die Regierung erworben hat, 85 Prozent Aktien der Emigrationsbank und der Zemberger „Bienski Hank Krazowa“, 80 Proz., aber sind dem Danziger Kapital vorbehalten. Danzig ist daran interessiert, daß die Auswanderung über seinen Hafen geht. Die Gesellschaft hat die Bezeichnung „Danziger Auswandererlager“ erhalten. Ihren Hauptsitz wird sie in Warschau haben. Die polnische Regierung behält Kraft dieses Vertrages die Leitung der Auswandererlager in der Hand sowie die Kontrolle über die Tätigkeit der Gesellschaft. In den ferneren Arbeiten aber, welche eine bedeutende Kapitalanlage und viel soziale Tätigkeit erfordern, überläßt die Regierung alles der Privatinitiative. Den Vertrag schlossen ab im Namen der polnischen Regierung Dr. Marchlewski und Dr. Urzuch, im Namen der Banken dagegen Dr. Wator, Tenczyn und Prelikto.

Frankräischer Flottenbesuch in Danzig erwartet. Dem Senat ging soeben ein Schreiben des französischen Vertreters der Republik Polen zu mit der Mitteilung, daß die französische Regierung der polnischen Regierung die Ankunft des französischen Kreuzers „Jules Michelet“ unter dem Oberbefehl des Admirals Pugliese Conti in der Mitte des Juli gemeldet hat, mit dem Ersuchen verbunden, diese Meldung an den Senat der Freien Stadt Danzig weitergeben zu lassen.

Wieder zwei polnische Zeitungen in Danzig. Schon in Friedenszeiten erschien in Danzig eine polnische Zeitung, die „Gazeta Wdanska“, die im Verborgenen blühte und deren Existenz den meisten Danzigern unbekannt war. Mit der Begründung des Freistaats und dem Einsetzen einer starken polnischen Propaganda entstand eine zweite polnische Zeitung, „Dziennik Wdanski“. Später wurden beide Zeitungen aufammengelegt. Die daran geknüpften Erwartungen scheinen sich jedoch nicht erfüllt zu haben. Der Verlag des „Dziennik Wdanski“ teilt mit, daß, vielfachen und wiederholten Wünschen entsprechend vom 1. August d. J. der „Dziennik Wdanski“ wieder als Tageszeitung erscheinen wird.

Flüchtiger Bankbeamter. Nach Unterschlagung von 305 000 Mark ist der Bankbeamte Alfred Welberg aus Danzig seit dem 1. Juli flüchtig. Er ist 20 Jahre alt, von schlanker Natur, hat dunkles, nach oben gekämmtes Haar und jüdischen Typus. Auffällig sind seine teilweise silbernen Zähne. — Eine ähnliche Meldung veröffentlichten wir bereits am 4. Juli. Die damals von uns genannte Paul teilte uns jedoch mit, daß keiner ihrer Angestellten flüchtig sei.

Ergebnislose Verhandlungen im Handelsgewerbe. Zu der am Sonnabend stattgefundenen Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß zwischen den Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Groß- und Kleinhandel machten die Arbeitgeber den Vorschlag, die Sätze des Schlichtenspruchs für Juni und Juli anzunehmen mit der Maßgabe, daß die Zulätze auch für August gelten sollten. Die Angestelltenvertreter lehnten mit Rücksicht auf die unbestimmte Lage dieses Angebot ab, so daß eine Einigung nicht zustande kam.

Ein neues Feuer brach in der letzten Nacht gegen 1 Uhr auf der Brandstelle des ehemaligen Artillerie-Wagenhauses in der Wallgasse aus. Eine Fachwerkwand war in Brand geraten. Die Feuerwehr hatte eine Stunde zu tun, um das Feuer zu löschen.

Wandende Autoscheinwerfer. Den Autofahrern ist gefahren, an den Autos vorne an jeder Wagenseite eine Laterne zu haben, die bei Dunkelheit brennen muß. Das Licht soll so stark sein, daß es mindestens 20 Meter vor dem Auto die Straße erhellt. Es ist aber verboten, Scheinwerfer anzubringen, die Hunderte von Metern voraus die ganze Straße und die Häuserwände erhellen und Menschen und Tiere blenden. Der Chauffeur B. in Danzig wurde vom Schöffengericht zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er an seinem Auto solch einen Scheinwerfer führte. Am 11. März abends fuhr er durch die Hauptstraße in Langfuhr und der Scheinwerfer beleuchtete die Straße über mehr als 200 Meter vor dem Auto. Dadurch wurden zwei Pferde scheu und gingen durch. Ein Polizeibeamter stellte die Autonummer fest und machte Anzeige. Die Strafkammer verwurft die Berufung.

Das „Detektivmüdel“ im Wilhelmtheater.

Eine neue Operette von August Reichart ist seit einigen Tagen im Wilhelmtheater eingezogen. Man hat versucht, sie besonders zeitgemäß zu machen, indem man sie in Revolutionszeiten spielen läßt. Neben einem, ja stets wirklamen Massenanschlag, hat sie dadurch einer günstigen Aufnahme den Weg bereitet. Allerdings weiß sich der Verfasser von bedauerlichen Uebertreibungen und hässlichen Entstellungen nicht freizubalten. So muß ein verführter Diplomat dazu herhalten, Justizminister der neuen Regierung zu werden. Obwohl diese Trottelwirtschaft ja immer die besondere Eigenart des feudalen Regimes war. Dieser unfähige Justizminister wird entgegen aller logischen Unmöglichkeit außerdem noch zu einem gerissenen Schieber gestempelt. Man merkt die Absicht und wird verstimmt. Daneben agieren noch ein mit kolossalem Spürsinn besetzter Polizeipräsident, ein eleganter Baron, der neben seiner Frau eine andere liebt, und ein Kapitän, der nebenbei ein Prinz ist. Charmante Frauen gibt es, darunter eine, die es mit dem Polizeipräsidenten aufnimmt: Das Detektivmüdel. Ein Dokumentendiebstahl, von Anhängern der alten Regierung ausgeführt und der Schmuggel des Müdels in dem die Dokumente aufbewahrt sind, gibt dem Stück die Handlung, in dessen Schluß die neue Regierung stirbt und die alte wieder aus Rudef gelangt ist.

Die festliche recht einschmeichelnde Musik von Leon Jessel und die Dekoration sorgten für gute Stimmung und das Haus war gefüllt. Die Hauptrollen: Graf Julian und seine Gattin Veronika (das Detektivmüdel) waren bei Hugo Kossel und Wanda Hoffmann in guten Händen. Paul Richter-Wauer gab einen trefflichen verführten Kandidat Jonah und Stef. Alva spielte die Rolle der lebensmüden, vom eigenen Mann vernachlässigten Frau ausgezeichnet. Willi Stettner als Polizeipräsident wurde seiner Rolle mit Humor gerecht. Der Kapitän war bei Erwin Henz gut aufgehoben, nur bei dem Gesang laugt es nicht recht. Zu erwähnen sind noch Mia Prinz als Besse und Hans Konstantin als Demetrius. Auch Max Borowski als geschäftsmacher und berlinernder Afrikaner war nicht so übel. Das Detektiv müdel ist sein bestes.

Arbeiterbildungsaussch. Es ist uns gelungen, Karten zu Vorzugspreisen für das Schauspiel „Die Verlorenen“ zu erhalten. Die Vorstellungen finden statt am Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Sonnabend, abends 8 Uhr, im Werkstüchereihaus. Die Karten sind zu haben in der Verkaufsstelle der Volkswacht, Am Spandhaus 8.

Die russischen Kriegsschiffe haben Sonntag abend den Danziger Hafen wieder verlassen. Der kurze Besuch war angeschlossen durch gesellschaftliche Veranstaltungen, wobei die ausländischen Gäste Gelegenheit fanden, Danzig kennen zu lernen und freundschaftliche Beziehungen mit der Bevölkerung anzuknüpfen.

Intellektuelle Urkundenfälschung. Ein Ingenieur aus Deutschland kam nach Danzig mit einem falschen Paß und meldete sich hier auch bei der Polizei unter diesem falschen Namen an. Er wurde vom gemeinsamen Schöffengericht wegen intellektueller Urkundenfälschung zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Polizeibericht vom 11. Juli 1922. Festgenommen: 20 Personen, darunter 1 wegen Betruges, 4 wegen Diebstahls, 1 wegen Körperverletzung, 1 wegen Schererei, 1 wegen Zuhälterei, 1 wegen groben Unfugs, 17 in Polizeihaft.

Letzte Nachrichten.

Riesenwaffenfund in Kiel.

Von der Kontrollkommission der Entente wurde am Freitag morgen auf dem Martinearsenal eine Revision vorgenommen. In Kisten verpackt wurde eine ganze Anzahl Waffen und Munition gefunden, darunter 130 leichte und 38 schwere Maschinengewehre, 42 Maschinengewehre ganz neuen Systems und 18 Stangenfernrohre. Die verantwortlichen Leiter des Arsenal wollen nicht wissen, wie die Waffen dorthin gekommen sind. Es besteht die große Gefahr, daß der Betrieb, der 800 Arbeiter und 200 Angestellte beschäftigt, geschlossen wird. Eine Betriebsversammlung, die am Sonnabend tagte, und sich mit dem Waffensund beschäftigte, nahm eine Entschliessung an, in der von der Marineleitung eine strenge Untersuchung der Angelegenheit verlangt wird und daß bis zum Abschluß derselben die verantwortlichen Personen beurlaubt werden. Die Regierung betont, daß sie die Reichsregierung in bezug auf die Durchführung der im Friedensvertrag vorgesehenen Bestimmungen unterstützt, um unter allen Umständen zu verhindern, daß man gegen die abgeschlossenen Verträge handelt. Zwei Mitglieder des Betriebsausschusses wurden nach Berlin gesandt, um mit den maßgebenden Stellen zu verhandeln. Wird der Betrieb geschlossen, so bedeutet das eine schwere Schädigung des Kieler wirtschaftlichen Lebens.

Bei einer neuerlich vorgenommenen Untersuchung bei einem Angehörigen rechtsstehender Organisationen in Magdeburg soll ein vollständig neues Artilleriegeschloß gefunden worden sein.

Gesetzliche Neuregelung der Feiertage. Das Reichsministerium des Innern hat dem Reichstag einen Gesetzentwurf zugehen lassen, durch den die Frage der Feiertage reichsgesetzlich gelöst werden soll. Als gesetzliche Feiertage werden bestimmt: die beiden Osterfeste, die beiden Pfingsttage, die beiden Weihnachtstage, der 11. August und in Süddeutschland der Kreuzfahrtag und in Norddeutschland der Karfreitag. Das Reformationsfest, die beiden Bußtage und der 1. Mai bleiben der landesgesetzlichen Regelung überlassen.

Das Amnestiegesetz. Der Rechtsausschuß des Reichstages nahm gestern die Regierungsvorlage betreffend Amnestie für politische Vergehen an. Ein weitergehender sozialistischer Antrag wurde abgelehnt. In der Beratung betonte Reichsverkehrsminister Brüner, daß die Amnestie auf die Beteiligten an dem Februaraufstand der Eisenbahnbeamten keine Anwendung finden könne.

Standesamt vom 11. Juli 1922.

Todesfälle: W. Kämpfer, Musikfeller der 5. Komp. J.-R. 145 Theophil Pomeranski, 21 J. 2 M. Etwas Angehörige wollen sich zwecks Beurkundung des Sterbefalles beim Standesamt 1 melden. — Tochter d. Pantaufgestellten Carl Bugalski, 6 M. — Wm. Martha Werdin geb. Wastrowitz, 67 J. 6 M. — Fischer Karl Wessel, 49 J. 11 M. — Frau Florentine Kafetski geb. Rubin, 73 J. 9 M. — Arbeiter Josef Minski, 27 J. 4 M. — Tochter des Lokomotivbeizamannters Hermann Kose, 5 M. — Unchel. 1 Tochter. — Totgeb. 1 Sohn.

Wasserstandsberichte am 11. Juli 1922.	
8. 7. 9. 7.	Kurzbeck . . . + 0,35
Jawisch . . . + 0,98 + 0,90	Montanerspige . . . - 0,18 - 0,20
7. 7. 8. 7.	Piechel . . . - 0,38 - 0,40
Warschau . . . + 1,00 + 1,15	Dirschau . . . - 0,24 - 0,28
5. 7. 8. 7.	Einlage . . . + 2,14 + 2,12
Ploß . . . + . . . +	Schleusenort . . . + 2,34 + 2,30
10. 7. 11. 7.	Rogat:
Thorn . . . + . . . +	Schönan D. P. . . + 6,46 + 6,44
Ferdor . . . + . . . +	Walzenberg D. P. . . + 4,60 + 4,61
Gulm . . . + . . . +	Neuhorsterbüsch . . + 2,28 + 2,22
Grauden . . . + . . . +	Amwads . . . + 0,92 + .

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	8,20	am Vortage	9,73
Amer. Dollar:	404	"	551
Englisches Pfund:	2200	"	2400

Kleine Nachrichten.

Neuregelung der Löhne auf den Hamburger Booten und Mühlfließwerken. Zwischen den Vertretern der Hamburger Gruppe des Vereins der Mühlfließwerken Deutschlands einerseits und den durch den Verband der Schiffbauern Deutschlands vertretenen Arbeiterorganisationen andererseits wurden für die Hamburger Booten- und Mühlfließwerke die nachstehenden Lohnsätze vereinbart. Der Lohn beträgt die Stunde: Geübte Arbeiter über 20 Jahre 20 Mk., Anwärter über 20 Jahre 18,40 Mk., Ungelernte über 20 Jahre 16 Mk., Mädchen über 16 Jahre nach der Verbraucht 14 Mk., bis zum vollendeten 20. Jahre 12,40 Mk.

Ein heftiger Waldbrand entstand durch Funkenflug an der Mahlmühle Spremberg-Pöschmann bei der Schenke Oberlausitz. Den angelegten Bemühungen von ungefähr tausend Mann, die größtenteils auf Automobilen herbeieilten, gelang es gegen 7 Uhr abends dem Feuer, das sich in rasender Schnelligkeit verbreitete, Einhalt zu tun. Die verbleibende Waldfläche ist auf 200 Morgen zu schätzen.

Ein Ueberfall auf deutsche Turner in Prag. Nach einer Mitteilung des tschechoslowakischen Pressedienstes wurden deutsche Turner, die sich in einem Sonderzug an einem Turnerkampfbahn begeben, gestern nacht in der Station Blatná-Überleitendort von einer Menge von 150 Personen aufgefordert, die tschechoslowakische Trikolore abzulegen. Als die Turner dies ablehnten, kam es zu einem heftigen Zusammenstoß. Die deutschen Turner wurden überstimmt, daß die anreisende Menge mit Knütteln, Steinwürfen und anderen Kampfwerkzeugen bewaffnet war. Den auf dem Schlaf gewickelten Turnern wurden ihre Abzeichen, Auslässe usw. entzogen. Die beteiligten Frauen wurden ausgenommen. 21 Verletzte wurden festgestellt, wovon einer transportunfähig war. Anredeine Provokation lag nicht vor.

Vom Jahresherben. Die U.S.P.-Blätter in Pannafala, Eisenach, Weimar und Nordhausen können ihr Eigenleben nicht mehr aufrechterhalten und sollen jetzt zusammengefaßt werden und als Kopfbücher der Erbkunde Tribüne erscheinen. Die seit Dezember vorigen Jahres in Selbstbrun erschienenen kommunistische Zeitung Volkstimme hat ihr Erscheinen seit 15. Juni eingestellt.

Sozialdemokratische Partei Danzig-Stadt.

Dienstag, den 18. Juli 1922

Ferienausflug für Kinder mit anschließendem Waldfest in Seubude

unter Mitwirkung der Frauenkommission und Mitgliedern der Arbeiter-Jugend.

Treffpunkt für Langfuhr: Am Bahnhofsvorplatz 1/2, 7 Uhr. Anfahrt 7 Uhr 3 Minuten nach der Stadt. Führung Genossin Frau Tischkowsky.

Treffpunkt für Schildh: Am Krümmen Gäßchen 1/2, 8 Uhr. Führung Genossin Frau Falk.

Treffpunkt Halbe Mee (Haltestelle): 1/2, 8 Uhr, von dort zu Fuß. Führung Genossin Frau Döring.

Gemeinsamer Umarmung vom Domnikanerplatz (Marathalle) morgens 8 Uhr.

Da die Veranstaltung auf den ganzen Tag ausgedehnt wird und deswegen größere Vorbereitungen (Verpflegung usw.) zu treffen sind, so ersuchen wir die Genossen, uns Anmeldungen bis spätestens Mittwoch, den 12. Juli, mittags, zugehen zu lassen und zwar

für Niederstadt bei Genossin Brey, Steinbamm 24a,

für Innenstadt im Parteilbüro, Am Spandhaus 6, Hof, 2. Gebäude, 1. Treppe,

für Langfuhr bei Genossin Schmidt, Mirkauerweg 52,

für Halbe Mee bei Genossin Döring, St. Michaelsweg 80,

für Schildh bei Genossin Falk, Oberstraße 90.

Verpflegung wird gratis verabreicht.

Doch bitten wir, den Kindern eine Frühstückstulle, Eßgeschirr und Trinkbecher mitzugeben.

Die Frauenkommission der S.P.D.

J. A.: Frau Malkowsky.

Der Dichter und „Me Dame“

Von Georg Streifitz.

Sie sahen beide im Strandkorb, umschattet von den dunklen Schwingen der herandröhnenden Nacht und plauderten. Er erzählte und sie lauschte.

Sie lauschte, entzückt, hingebungsvoll, mit einem kuddeligen Versehen.

Er sagte: „Diese Abende mit ihrer seltsamen Ruhe, diese Stunden voll verhaltenen Schweigens, diese Augenblicke stiller Einsamkeit — sie rufen in mir wieder den Menschen wach. Man ist auf einmal ganz weit entrückt von all dem lächerlichen Getriebe des Alltags, es verfliehet alles Kleinliche. Begehren — man fühlt sich der Gerechtigkeit plötzlich so unendlich nahe, daß man vermeint, nur die Arme ausstrecken zu müssen, um eine Welt zu umfassen. Das urewige Fragezeichen beginnt sich in der Seele zu regen. Man träumt Jahrtausende zurück und quält sich mit Rätseln ab, die niemals ergründet werden. Wünsche steigen auf, Empfindungen, die man kaum noch kennt, und dann packt einen wieder eine niederdrückende Befremdung. Wenn ich Sterne sehe, wenn ich in diesen unendlichen Himmel starre und das geheimnisvolle Staunen des Kosmos meine Sinne umfängt — da möchte ich erschauern und aufstöhnen zugleich. Hier erst kann ich das Wunder des Todes begreifen, hier erst das Wunder des Lebens empfinden. Schönheit — das ist schließlich der Kern aller dieser Gefühle!“

„Ja“, sagte sie, „aber warum tragen Sie dann eigentlich keinen Scheitel? Er würde Ihnen wirklich viel besser zu Gesicht stehen.“

BORG



VON QUALITÄT RAUCHER

Verantwortlich für Politik Erik Weber, Danzig; für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Frank Adomat, Döbra; Inserate Anton Fooker, Danzig. Druck von J. Gehl u. Co., Danzig.

Wilhelm-Theater

Langgarten 31.

Heute, Dienstag, den 11. Juli, Anfang 8 Uhr

Detektivmädel

Operette von Leon Jessel

Morgen, Mittwoch, u. folg. Tage „Detektivmädel“

Vorverkauf im Warenhaus Liebschützmann, Koblentzmarkt, von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 11 bis 1 Uhr an der Theaterkasse.

„Libelle“

Musik, Gesang, Tanz.

Unser grosser Saison-Verkauf

ist ein Ereignis für das kaufende Publikum!

Herren-Anzüge	1500.—	1200.—	950.—
	2500.—	2300.—	2000.—
Herren-Schlüpfer, Raglans	1800.—	1500.—	1200.—
	2500.—	2300.—	2000.—
Herren-Hosen	450.—	350.—	250.—
	750.—	650.—	550.—

Außerdem gewähre ich noch einen Extra-Rabatt von 10%

Max Hirsch & Co.

1. Damm 5, 2. Etage im Hause Neubau Singer. Aeltestes Etagen-Geschäft für bessere Herrenbekleidung

ROLAND

Zigaretten

in Qualität unübertroffen!

Jochwedson's Union-Parfümerie

Ziegengasse 6, Ecke Heilige Geistgasse :: Telephon 2733

Neu eröffnet!

Parfümerien / Seifen
Drogen / Bürsten
Wirtschaftsartikel

Photographische und chemische Artikel

Gut erhaltene Nähmaschine zu verkaufen. Kosciuszki, Borchardt'scher Graben 28, 2. Hof, 1. Etage.

Eine gut erhaltene Chaiselongue zu kauf. gesucht. Offerten m. Preis unt. Nr. 3772 a. d. Exped. der Volksstimme. (+)

Trompete zu kaufen gesucht. (+) Trijke, Frauengasse 32, 1 Treppe.

Rohbernstein, regalfrei, Elfenbein kauft J. Schmidt, Breitgasse 69, 2. (6503) Eigene Bernsteinschleiferei.

Groß. Bajschwanne und kl. eijerner Ofen für alt zu kaufen gesucht. Angeb. unt. V. 185 an die Exped. der Volksstimme. (+)

Mandoline zu kaufen gesucht. (+) Hornschu, Stiftswinkel 6, Hof pt.

Stenographie Einzelunterricht! Tages- u. Abendkurse Otto Siede, Neugarten 11

Neu erschienen!
Acht Monate in polnischen Gefängnissen von Dr. Richard Wagner. Preis 11 Mark.
Verlag Volkswacht
Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Sämtl. Drucksachen in geschmackvoller Ausführung liefert in kürzester Zeit bei mäßigen Preisen Buchdruckerei J. Gehl & Co., Danzig, Am Spandhaus 6. Telephon 3290